

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW61, Dreibundstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 16. Oktober 1929

Nummer 83

Gewerkschaften und Volksbegehren

Schon einmal, vor fast einem Jahrzehnt, haben sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer festgefühten republikanischen Phalanx vereint, um dem dreifachen Ansturm politischer Hahndrucker Halt zu gebieten. Die Niederwerfung des Rapp-Bußfuges, die Rettung der deutschen Demokratie vor dem ersten Vorstoß des inneren Feindes, ist das unauslöschliche Verdienst dieses republikanischen Dreieckes.

Der Bußfugismus wurde geschlagen, aber er ist nicht tot. Nicht einmal die Lächerlichkeit, in der sein zweiter pathetischer Versuch im November 1928 erstickte, hat ihn getötet. Er ist zäh wie die Dummheit. Er ist unbeschränkt wie aller Fanatismus, der nur von unbefriedigtem Geltungsdrang und „der Lust an allem, was den Gegner zerstören kann“, lebt. Die Bombenattentate des letzten Jahres sind ein Beweis nicht für die Gefährlichkeit, aber doch für die Lebenskraft und für die fanatische Beschränktheit dieser Sorte Putschismus.

Trotzdem: Gegen diese Aktivisten der Zerstörung die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzurufen, wäre nicht der Mühe wert. Ihr „Vormarsch“ ist kein ernst zu nehmender Angriff, ihre „Kindertrumpeten“, auch wenn sie von „wirklichem Haß“ schmettern, sind keine Posaunen des jüngsten Gerichts.

Erster zu nehmen ist der nationalistische Block, den Hugenberg aus den Bänden der Angurienredner und Enttäuschten zusammengeschweißt hat, wengleich er nur eine Minderheit des Volkes repräsentiert. Freilich, auch diese Spitzenorganisation des nationalstolzen Spießbürgertums, in der immer dieselben Mitglieder von einem Duzend Parteien, Bänden und Bündnissen unter einem Stahlhelm gebracht sind, ist kein Panzerkreuzer modernster Konstruktion. Es ist ein Gepenserschiß aus vergangenen Zeiten.

Es ist nicht der lebendige Geist der Gegenwart, der Kapitän und Mannschaft dieses Wrades besetzt. Wozu sie 1918 und 1919 nicht den Mut fanden, das wollen diese Helden jetzt, wo ihnen keine Gefahr droht als eine unblutige Niederlage, nachholen. So rüsten sie sich zur Fahrt, aber nicht auf das offene Meer der auswärtigen Politik, nicht wider die „Feindmächte“ von einst — ihre Courage reicht nur so weit wie die Grenzen der deutschen Republik. Ihre Expedition geht nur gegen das neue Deutschland. Über diese Tatsache können die praesentischen und zweideutigen Worte gegen die auswärtigen Mächte in dem „Gesetz gegen die Verflechtung des deutschen Volkes“ nicht hinwegtäuschen. Der völlige Bruch mit dem bisherigen System, auch und vor allem in der inneren Politik — das ist die Absicht des Hugenberg-Ausschusses. Das ist der wirkliche Sinn ihres Volksbegehrens.

Freie Mitwirkung des Volkes, seiner Parteien und seiner repräsentativen wirtschaftlichen Organisationen an Gesetzgebung und Verwaltung, oder restlose Beseitigung der Volksrechte; Mitbestimmung des Staates und der Gewerkschaften im Gesamtbereich der Wirtschaftsführung und Wirtschaftspolitik; Demokratisierung der Wirtschaft, oder Autokratie des Unternehmertums; Ausgestaltung der Sozialversicherung zu einem einheitlichen Bau deutschen Gemeinwillens, oder Zerstörung seiner Fundamente und Abbau der sozialen Leistungen; mit einem Wort: Demokratie oder Diktatur — Freiheit oder Knechtschaft. Das ist die Alternative, vor die der Hugenbergauschuss das gesamte deutsche Volk stellt.

In diesem Kampf um den Bestand der deutschen Demokratie, geschaffen und gestaltet von den schöpferischen Kräften des deutschen Volkes, in diesem Kampfe, in dem die in einer Front vereinten Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten schon manchen Sieg erringen, in diesem Kampfe, in dem sie die Vorkämpfer und Repräsentanten der Mehrheit des Volkes sind, gilt es in den kommenden Wochen einen entscheidenden Sieg erringen. Das Volksbegehren muß ein Fiasko werden, das allen offenbar macht, wo das deutsche Volk steht. Der Volksentscheid muß zu einer vernichtenden Niederlage der Feinde des neuen Deutschlands werden. Die großen Führer der deutschen Republik, die von Angehörigen eben jener Kreise verleumdet, ermordet oder zu Tode geföhrt worden sind, die heute das deutsche Volk, vor allem aber die Massen der Werttätigen für ihre Ziele fördern wollen, die Helden und

Märtyrer der deutschen Einheit und Freiheit, der deutschen Demokratie, dürfen nicht vergeblich gefallen sein. In ihrem Geiste muß sich die gesamte Arbeitnehmererschaft entscheiden.

Keiner von den Arbeitern, Angestellten und Beamten darf seinen Namen hergeben für die Heuchler und Pharisäer, die die Führer des neuen Deutschlands zu Landesverrätern stempeln wollen. Keiner von ihnen darf sich in die Liste des Volksbegehrens einschreiben. Kommt es aber zum Volksentscheid, so muß das millionenfache Nein des werttätigen Volkes die Hoffnung aller zerstören, die den neuen Staat beherrschen wollen, obwohl sie ihn hassen!

Gau Dresden

Der ordentliche Gantag 1929, der diesmal nach der alten Bergstadt Freiberg für den 22. September einberufen worden war, wurde durch zwei Lieber des Volkschors zu Freiberg in würdiger Weise eingeleitet. Gauvorsteher S a h m a n n eröffnete kurz nach 10 Uhr vormittags die Tagung, begrüßte die vollzählig erschienenen Abgeordneten und Gäste, vor allem aber unsere Verbandsvorsitzenden Kraus, und widmete dann unsern in der Berichtszeit verstorbenen 32 Kollegen ehrende Worte. Ganz besonders gedachte er des Kollegen Seiß, der noch kurz vor seinem Tode auf dem Gantag 1928 in Dresden den Verbandsvorstand vertrat.

Im Namen der drei graphischen Bruderverbände richtete sodann Kollege Herrmann an den Gantag herzlichste Begrüßungsworte, desgleichen auch Kollege Greif für den Bezirk, und Ortsverein Freiberg und Kollege R i e m a n n für den Ortsauschuß Freiberg im ADGB. Frau H o f m a n n wünschte im Namen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Freiberg dem Gantag guten Verlauf. Kollege K r a u s wies auf die Wichtigkeit solcher Gantagungen hin, die durch den Verbandsvorstand dadurch anerkannt werde, daß sie vor ihm besichtigt würden. Auch er wünschte dem Gantag vollen Erfolg.

Die Berlesung der Anwesenheitsliste zeigte, daß alle gewählten Vertreter anwesend waren, und zwar vom Bezirk Bautzen 5, Döbeln 3, Dresden 29, Freiberg 3, Meißen 7, Pirna 3, Radeberg 2, Wurzen 3 und Zittau 4 Abgeordnete. Der Gauvorstand war durch acht Kollegen vertreten. Nach einigen Ergänzungswahlen zur Verovollständigung des Büros und Wahl je einer ideellen und materiellen Kommission erstattete Kollege S a h m a n n Bericht über die Zeit seit dem außerordentlichen Gantag 1928, auf dem er zum Gauvorsteher gewählt wurde. Seinem Vorgänger, dem Kollegen Freitag, widmete er Worte des Dankes für sein erprießliches Wirken in jahrelanger Tätigkeit. Er verwies auf den gedruckten Rechenchaftsbericht, der viel Aufschluß über unser engeres Organisationsleben gebe. Auch die dort veröffentlichten Statistiken enthalten viel Aufbaumaterial für unsre Kollegen. Trotzdem müßte aber der gedruckte Bericht in Zukunft noch durch Berichte unserer Provinzorte erweitert werden. Den Lohnkampf 1928, den sogenannten „widnen Streik“, erwähnte er deshalb noch einmal, weil sich bis heute Nachwirkungen zeigen. Sind doch jetzt die „Dresdener Nachrichten“ vom Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungs- und Verlagswesen, beim Arbeitsgericht Klage zu führen, um zu versuchen, die damals erkämpfte Sonderzulage von 2,50 M. wieder illusorisch zu machen. Auch in einigen andern Orten des Gaus habe man bei der neuen Lohnregelung 1929 den Versuch gemacht, diese Zulage abzubauen. Durch sofortiges Zugreifen konnte dies aber verhindert werden. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung hat scharfe Formen angenommen, so daß die Gewerkschaften alles aufbieten müssen, die geplanten Verschlechterungsabsichten zu durchkreuzen. Die Krisenfürsorge ist für das Buchdruckgewerbe im Gau Dresden in für uns günstigem Sinne geregelt worden. Die Betriebsräte müssen sich noch mehr ihrer Wichtigkeit bewußt werden. Sie sind die Vorposten der Gewerkschaftsbewegung und haben auf strenge Einhaltung aller für die Arbeiterschaft geschaffenen Gesetze zu achten. Durch die vielen Gesetze in arbeitsrechtlicher Beziehung hat die Arbeit des Gauvorstehers einen sehr großen Umfang angenommen, so daß diese von einem einzelnen kaum noch bewältigt werden kann. Folgende Zahlen beweisen das am treffendsten: Im Berichtsjahre sind bei den Arbeits-

gerichten annähernd 50 Klagen anhängig gemacht worden, die meistens zwei bis drei Termine zeitigten. Diese Klagen betrafen neben Streitfällen unterschiedlicher Art in der Hauptsache § 84 des BWG, unbillige Härten bei Entlassungen, usw. Hierbei sind viele hundert Mark für unsre Kollegen gesichert worden. Aber auch Tarifschiedsamt-Klagen mußten vertreten werden. Die Belastung des Gauvorstehers ist also eine große. Ist doch auch der Briefverkehr immer mehr und mehr gewachsen. Mit den Ortsvereinen und Mitgliedschaften sowie auch mit den Sparten sei immer gutes Zusammenarbeiten möglich gewesen. Der Versammlungsbesuch muß aber in Zukunft ein besserer werden. Auf Wunsch der Ortsvereine werden jederzeit Referenten vom Gauvorstand gestellt. In einzelnen Orten haben sich allerdings unliebsame Vorkommnisse gezeigt, die vom Gauvorsteher geschlichtet wurden. Wir haben die Pflicht, solche Dinge in kollegialen Sinne zu regeln, das muß sich jedes Mitglied immer vor Augen halten und bedenken, daß wir durch gemeinsames Schicksal zusammengeschweißt sind. Der Gutenbergsbund macht auch in unserm Gau verzweifelte Anstrengungen, Lehrlinge und deren Eltern in seinem Sinne zu bearbeiten. Das bedeutet für uns, auf dem Posten zu sein. Es sind in unserm Gau nach der Statistik von 1928 50 Gutenbergsbündler vorhanden und 130 Unorganisierte. Diesen steht eine Mitgliederzahl von 3600 Verbandskollegen gegenüber. Die tariflichen Verhältnisse sind gut, aber verschiedene Unternehmer machen immer wieder den Versuch, gegen den Tarif Sturm zu laufen. Schuld daran tragen aber auch unsre Mitglieder, indem sie sich nicht immer streng an den Tarif halten. Vieles läßt auch noch die Besetzung an den Druckmaschinen zu wünschen übrig, hier müßte noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. Bei Betriebsversammlungen sollten immer Vorstandskollegen angefordert werden. Lohnabbau konnte abgewehrt werden, soweit dem Gauvorstand die Besuche hierzu bekannt wurden. Lehrlingsüberschreitungen bei Einstellungen wurden in vielen Fällen verhindert. Wegen Schließung von Betrieben mußten mehrere Lehrlinge anderweit untergebracht werden. Im Gau Dresden kommen auf 1000 Gehilfen 208 Lehrlinge. 94,2 Proz. aller Lehrlinge unseres Gaus sind in unsrer Lehrlingsabteilung organisiert. Sonntagsarbeit findet in unserm Gau nur in vier Betrieben statt. Auch das Rechnen ist verschwindend gering. Kollege S a h m a n n verbreitete sich sodann über die wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie unser Gewerbe beeinflussen. Die jetzt vorhandene große Arbeitslosigkeit sei etwas ganz Außerordentliches. Neue Arbeitsmittel und neue Maschinen beeinflussen sicher die Zahl des Personals, das kommt noch sehr oft schärfste Kontrolle, alles Dinge, die unser Arbeitslosenheer vergrößern helfen. Die Schmutzkonturrenz unserer Prinzipale ist ebenfalls eine wesentliche Teufelsasche des Daniederliegens unsres Gewerbes. Die Freizügigkeit ist in unserm Gau stets hochgehalten worden. Ein Abschließen der Gaus gegeneinander dürfte es nicht geben. In den Bezirken soll jedes Jahr ein Jugendtreffen stattfinden. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Kollege S a h m a n n, daß wir alles beachten müßten, was reformbedürftig sei. Fortgesetzt wächst unser Aufgabekreis. Mit ihm müssen auch wir wachsen.

Hierauf erstle Kollege S c h r o e d e r das Wort zum K a s s e n b e r i c h t. Es ist im vergangenen Jahre wieder aufwärts gegangen, elf Orte sind neu hinzugekommen. Von 2935 Mitglieder im Jahre 1913 sind wir auf 3395 im Jahre 1928 gewachsen, so daß wir in bezug auf Mitgliederzahl an neunter Stelle unter den 22 Gaus des Verbandes stehen. Das Vermögen der Gaukasse ist um 6389,00 M., also auf 44816,83 M. gestiegen, trotzdem gibt unser Kassenwesen zu Bedenken keinen Anlaß. Der Gaubeitrag solle nicht erhöht werden. Abestunden sind im Interesse unsrer Arbeitslosen zu vermeiden. Durch die Beschlüsse des Verbandstages wird die Büroarbeit stark gesteigert. Der Zuvaldenstand der Verbandskasse im Gau, der im Jahre 1913 57 betrug, ist jetzt auf 118 gestiegen. Damals mußten für unsre invaliden Kollegen 22241 M., jetzt 63394 M. aufgewendet werden. Er sei also verständlich, wenn der Verbandstag bei der Neuregelung dieser Unterstützungssätze nicht allen Wünschen nachkommen konnte. Die Witwenkasse zählte im Jahre 1913 110 Witwen, die von uns mit 12911 M. unterstützt wurden. 1926 waren es 203 Witwen, die 20185 M. Unterstützung bezogen;

1928 war diese Zahl auf 228 gewachsen mit einer Unterstufungsumme von 23 335 M. Rundbindungen müssen in allen Fällen schnell weitergegeben werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Mit den Ortsklassierern ist jederzeit gutes Arbeiten möglich gewesen. Aber es muß beachtet werden, daß eine Kontrolle zwecks Abfindung der Beiträge kein Mißtrauen bedeutet, wie verschiedentlich angenommen wird, sondern das gehört zu einer geordneten Rechnungsführung, Gewehr, um Anrechnung von früher geleisteten Beiträgen, die immer wieder an den Gauvorstand gelangen, können nicht mehr befristet werden, weil die seinerzeit erlassene Amnestie des Verbandsvorstandes genügend Gelegenheit zum Wiedereintritt gab. Gegenseitige Auffassung einzelner Kollegen müßte daher schon in den Ortsvereinen abgeklärt werden. Kollege Schroeder hob dann noch die Tätigkeit verschiedener Druckerklassierer hervor. Wir haben eine ganze Anzahl von Klassierern, die ihr Amt schon über 20 Jahre verwalteten. Kollege August Jakob, Druckerklassierer in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“, hat im vergangenen Jahre dieses Amt seit 25 Jahren in Treue verwaltet und versteht es heute noch. Der Gauvorstand habe dem Kollegen an seinem Ehrentage den entsprechenden Dank ausgedrückt. Unser Kollege Jakob könne jedenfalls vielen Kollegen als Beispiel dienen. Weiter ging Kollege Schroeder noch auf die Anrechnung der Verbandsinhaltsunterstützung durch die Fürsorgeämter ein. In solchen Fällen sperren wir auf Grund § 14 Abs. 2 des Verbandsjahres die Unterstützung so lange, bis die betreffenden Stellen sich äußern, daß unsere gegenseitige Unterstützung keine Anrechnung mehr findet. Hierzu wurden einzelne Beispiele vorgetragen. Zum Schluß wünschte Kollege Schroeder, daß auch in Zukunft ein gutes Zusammenarbeiten mit der Kollegenchaft vorhanden sein möge zum Wohle der Organisation.

Kollege Herbst beantragte darauf im Namen der Rassenprüfer, den Verwalter zu entlasten. Niemals seien Beanstandungen erforderlich gewesen.

Die Aussprache wurde von den Kollegen Mähold (Dresden), Reichel (Dresden), Fröbel (Döbeln), Müller (Meißen), Wenzel (Lößau), Walther (Dresden), Greif (Freiberg) und Konrad (Meißen) bestritten. Mit der Geschäftsführung des Gauvorstandes erklärte man sich einverstanden, verlangte aber, daß gegen die große Arbeitslosigkeit unbedingt etwas geschehen müsse, auch die Rationalisierung dürfe nicht auf Kosten der Arbeiterchaft allein durchgeführt werden. Einzelne Redner gingen auf ihre örtlichen Angelegenheiten näher ein, andre wieder begaben sich zu sehr auf das politische Gebiet, so daß sich Kollege Krauß genötigt sah, in die Debatte einzugreifen. Er hob hervor, daß man die Regierungsverhältnisse nicht in so leichtfertiger Weise kritisieren solle, wie das durch einen Redner geschehen sei. Es liege die Schuld am deutschen Volke, daß heute noch mit einer Koalitionsregierung gearbeitet werden müsse. Über ein Drittel der deutschen Arbeiterchaft sei noch nicht gewerkschaftlich organisiert. Wir können eben nicht allein regieren. Trotzdem solle man aber gerecht sein und nicht sagen: es würde überhaupt nichts getan. Von unserer Seite sei jedenfalls alles getan worden, was möglich war. Aber er müsse auch daran erinnern, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz seinerzeit gegen die KPD. angenommen worden ist. Die Arbeitslosenversicherung hat jetzt 280 Millionen Mark Schulden und es steht fest, daß Mißbräuche vorgekommen sind. Die Rationalisierung läßt sich nicht aufhalten, aber wir fordern, daß diese nicht nur den Unternehmern zugute kommt, sondern daß auch die Arbeiterchaft ihren Anteil daran hat. Wir erblicken den Kern darin, daß bei höchstmöglicher technischer Ausnutzung die Arbeiterchaft ihren Anteil an höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit in Empfang nimmt. Schuld daran, daß wir bis jetzt noch nicht weitergekommen sind, trägt die politische Zersplitterung der deutschen Arbeiterchaft. Das trübte Kapitel: Zersplitterung, ja Zerschlagung der Einheit der Arbeiterbewegung ist eben leider immer noch Prinzip einer Arbeiterpartei. Es läge politisch anders aus, wenn sich die Arbeiterchaft nicht dauernd zerstreuen würde. Der kommende Manteltarif könne hier nicht so behandelt werden, wie das auf dem Verbandstag in geschlossener Sitzung geschehen ist. In allen Ländern, auch in den sogenannten Siegerstaaten, herrsche große Arbeitslosigkeit. Über eins muß herabgehoben werden: Jede Überstunde ist eine Verfündigung gegen den Achtstundentag und gegen die arbeitslosen Kollegen. Schon aus diesem Grunde muß jeder Kollege gegen Überstunden stehen. Sonntagsarbeit sei in unsern Berufe nicht mehr ganz auszuschalten, aber es muß dann dafür gefordert werden, daß diese nach Möglichkeit innerhalb der 48-Stunden-Woche liegt. Vor allem sei notwendig, so schloß Kollege Krauß seine Ausführungen, daß in Zukunft Disziplin gewahrt wird. Der geschlossenen Unternehmerschaft muß eine geschlossene Arbeiterchaft gegenüberstehen. Kollektivverträge müssen gehalten werden und Vertrauen zur Leitung muß auch in Zukunft das Fundament unseres Verbandes bleiben.

Kollege Sahmann bemerkte hierauf, daß er wegen vorgeleiteter Stunde im Schlußwort nicht so ausführlich werden könne, wie er das eigentlich möchte. Er hätte aber gewünscht, daß man auf seinen Bericht mehr eingegangen wäre und nicht Sachen zur Sprache gebracht hätte, die weniger zu unserm Aufgabenkreis gehören. Zu den Rationalisierungsvorstellungen muß gesagt werden, daß vor allem das Selbstbewußtsein unserer Kollegen wacherstellt werden müsse. Überstunden dürften nur im äußersten Notfall

geleistet werden. Die Hauptsache sei, daß unsere Kollegen das Zusammengehörigkeitsgefühl pflegen zum Wohle unseres Verbandes.

Der Antrag des Kollegen Herbst auf Entlastung des Gauklassierers wurde hierauf einstimmig angenommen.

Dann wurden die vorliegenden Anträge von verschiedenen Rednern begründet, worauf sich die Kommissionen zur Beratung zurückzogen.

Darauf nahm Kollege Baumeister das Wort zu Punkt 4: Lehrlingsabteilung und Lehrlingsordnung. In längeren Ausführungen behandelte er alle Fragen der Jugend und forderte, daß die Jugendschutzgesetze ausgebaut werden. Zur Frage der Erziehung der Jugend warf er die Frage auf: Wie erzieht man die Jugend? Soll sie sich selbst erziehen? Er beantwortete die Frage mit einem Nein. Die Erfahrung der Alten muß der Jugend zur Seite stehen. Was die Alten geschaffen haben, muß von den Jungen ausgefaltet werden. Aber das Alter muß dabei mit der Jugend fühlen können, wenn wir alle vorwärtskommen wollen. Die Erziehung zur Wirtschaft und die Einführung in die Politik muß nach und nach gefördert werden. Also zunächst wirtschaftlich fassen und denken lernen, und die Gewerkschaften sind berufen, das zu vermitteln. Wir können mit Stolz auf unsere Lehrlingsabteilung blicken, die 1920 ins Leben getreten ist und festgelegt besteht. Wir haben alles getan, um die Lehrlinge fürs Leben gerüstet zu machen. 85 Proz. aller Lehrlinge sind in unserer Organisation vereinigt. Die Lehrlingsordnung hat sich in fast allen Gauen durchgesetzt. Sieht auch noch die Einseitigkeit, so müssen wir dahin arbeiten, daß es eine Reichsordnung wird. Die Lehrverträge müssen so geändert werden, damit der Nachwuchs vor allem in qualitativer Hinsicht ein guter wird. Was die Alten begonnen haben, sollen die Jungen vollenden!

Es folgte nun Punkt 5: Fach- und Prüfungs-ausschüsse. Hierzu hatte Kollege Hoffmann das Referat übernommen, in dem er zuerst die Schwierigkeiten und die wichtige Kleinarbeit der Fachauschüsse besonders hervorhob. Eingehende tarifliche Kenntnisse seien ebenfalls erforderlich für dieses Amt. Die Mittelbinderer und die Schmutzkonzurrenz fördern die schlechte Ausbildung unserer Lehrlinge. Die Prüfungsordnung sowie die tariflichen Bestimmungen über Lohn, Arbeitszeit und Ferien müssen durch die Betriebsräte streng überwacht werden. Auch die Einstellung der Lehrlinge verlangt größte Beachtung. Jetzt ist es leider so, daß wenn ein Prinzipal das Einstellungsrecht hat, er auch Lehrlinge einstellt. Bei Eignungsprüfungen schaltet man uns aber aus, sonst würde auch manche Mittelbindererei keinen Lehrling erhalten. Sogar das Arbeitsgericht muß sich mit Lehrlingsangelegenheiten befassen. In den Fachauschüssen Dresden und Jittau ist die Überstundenbeziehung mit 100 Proz. Entschädigung geregelt worden. Die Zwischenprüfungen haben gute Resultate gezeitigt. Man solle aber nicht zu schwere Aufgaben stellen. Die Fachschulen sind ein wichtiges Erfordernis für den Lehrling.

Als Berichterstatter der materiellen Kommission teilte sodann Kollege Schroeder das Resultat der Besprechung mit. Es betraf zunächst die Entschädigung an die Gauvorstandskollegen und die Diäten an die Abgeordneten. Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen.

Hierauf wurde über die vorliegenden Anträge abgestimmt, von denen die des Gauvorstandes einstimmige Annahme fanden.

U. a. erhalten die Bezirksstellen für Ausgestaltung der Bezirksjugendtreffen je Lehrlingsmitglied 50 Pf. gesondert vergütet. Diese 50 Pf. pro Bezirkslehrling haben die Mitgliedschaften an die Bezirkskassen abzuführen.

Die Mitgliedschaft in der Gauwitwenkasse darf nach den Beschlüssen des Frankfurter Verbandstages nur noch eine freiwillige sein. Hierzu lagen Sachungsberichte des Gauvorstandes zur Gauwitwenkasse vor, die gegen 3 Stimmen angenommen werden. Der Beitrag zur Gauwitwenkasse wird ab 1. Oktober 1929 auf 30 Pf. wöchentlich festgesetzt.

Hierauf berichtete Kollege Lehmann als Berichterstatter der ideellen Kommission. Die Abstimmung über die einzelnen Anträge gestaltete sich wie folgt:

Der Absatz des § 7 ist zu streichen. Die übrigbleibenden Absätze erhalten die Bezeichnung a bis f.

Einstimmiger Beschluß, § 8: „Der Gautag findet alle drei Jahre statt. Er muß jedoch stattfinden nach jedem Verbandstag. Dergun entscheidet...“ (alte Fassung).

Gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Vorschlag des Gauvertragsleiters ist grundsätzlich vom Votum des 2. Gauvorstehers zu trennen.

Gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Die Orte und Bezirke haben zu überprüfen, ob die Waßl des Lehrlingsauschusses ordnungsgemäß nach § 8 vorgenommen ist. Im accidentellen Falle haben sofort Neuwaßl stattzufinden.

Einstimmige Annahme.

Um eine gute Arbeit zu gewährleisten, sind in den Bezirken vorort die Ausschüsse auf mindestens 7 Mann zu erhöhen, wo es möglich ist, die volle Zahl 9.

Gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Abstimmig findet mindestens eine Lehrlingsleiterkonferenz statt. In diesen Konferenzen sind die Aufsichtsmitglieder der Bezirke in dem im § 8 vorgesehener Verhältnis 1/3 zu 2/3 anzulassen.

Gegen 0 Stimmen abgelehnt.

Autras Brandis:
Der Ortsverein Brandis im VdDB. Gau Dresden wünscht in den Gau und Bezirk Leipzig einzutreten zu werden. Diese beiden Anträge wurden dem Gauvorstand übermietet.

Die dann vorgenommenen Wahle n zeitigen folgen des Resultat: Als Gauvorsteher wurde nur Kollege Sahmann vorgeschlagen und einstimmig gewählt, als Stellvertreter der Gauvorsteher Kollege Baumeister gegen eine Stimme. Als Gauvertragsleiter wurden die Kollegen Mähold und Baumeister vorgeschlagen, letzterer gegen 11 Stimmen wiedergewählt. Der nächste ordentliche Gautag findet in Dresden statt. Damit war die Tagesordnung erschöpft, und Kollege Sahmann konnte zum Schluß feststellen, daß der Gautag in sachlicher Weise Arbeit für den Gau geleistet habe. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten, wurde der Gautag 1929 gegen 7 Uhr abends geschlossen.

Unser Freiburger Kollegenchaft hatte es sich natürlich nicht nehmen lassen, das Tagungstotal, den Saal der „Union“, festlich herzurichten. Außerdem hatte sie für den Abend einen Konzert- und Lieberabend zu Ehren der Delegierten und Gäste arrangiert, der auf beachtlicher künstlerischer Höhe stand. Der Volkshor, der schon am Vormittag den Gautag durch Vortrag zweier Lieber eingeleitet hatte, brachte Lieber von Schubert zu Gehör. Ein Quintett des ehemaligen Städtischen Orchesters (Flöte, Violine, Viola, Violoncello, Klarier) erzeute durch Proben seines gediegenen Könnens. Daß unser Kollege Otto Krauß, der während der Tagung seiner Meinung nach angeblich zu kurz gekommen war, ebenfalls mitwirkte, und zwar dadurch, daß er an die Kollegen und an die anwesenden Kollegenfrauen kernige und anfeuernde Worte richtete, sei ebenfalls berichtet. Und als er seine Ansprache mit den Worten schloß: „Verband heißt verbunden sein und Verbundenheit ist Macht!“, bewies ihm jedenfalls der Beifall, daß er allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Daß die Freiburger Kollegen schon während der Verhandlungen gastreich vertreten und am Abend wohl vollständig erschienen waren, ist selbstverständlich, soll aber der Vollständigkeit wegen mit permerkt werden. Und daß später die Delegierten sich nur schwer trennen konnten von der gastlichen Stätte, ist begreiflich, und soll ja auch wo anders, wenn Buchdrucker beisammen sind, vorkommen.

Dresden. J. E.

Youngplan, Finanzpolitik, Steuerreform

Wenn man die Vorteile und Erleichterungen überblickt, die uns der Youngplan gegenüber dem Dawesplan bietet, dann tritt neben der erdüblichen Festsetzung der Annuitäten sowie deren begrenzten Höhe und Zahlungsbauer die wiedererlangene Finanzsicherheit besonders in Erscheinung. Das Deutsche Reich erlangt durch den Youngplan wieder die Unabhängigkeit seines Finanzgebarens. Angesichts der verworrenen Kassenlage und der ständig wachsenden schwebenden Reichsschuld, die Mitte September insgesamt 1132,2 Millionen Mark betrug; verlangt die wiedererlangene Freiheit des Handelns erhöhte Umsicht und Verantwortlichkeit.

Für die 500 Millionen Mark, die Deutschland im Übergangsjahr 1929/30 dem Dawesplan zum Youngplan weniger zu zahlen hat, bieten sich mehr Verwendungsmöglichkeiten, als augenblicklich erwünscht ist. Zunächst muß das Defizit der Reichshaushalte von 1928 im Betrage von 150 Millionen Mark und das von 1929 in einer ungefähren Höhe von 250 Millionen Mark gedeckt werden; dazu treten die in Aussicht stehenden Nachtragsetats für Kriegsschädigte, Arbeitslosen und Krisenopfer in Höhe von 120 Millionen Mark. Damit wäre die Reparationssparnis des Rechnungsjahres 1929/30 verbraucht. Im Rechnungsjahr 1930/31 werden wohl mit Rücksicht auf die schlechte Kassenlage des Reiches auch noch keine Steuererleichterungen eintreten können, zumal eine zur Sanierung des Reichshaushalts aufgenommene Anleihe — die womöglich im Ausland untergebracht werden müßte — leicht unserm Kredit schaden könnte, wenn gleichzeitig Steuererleichterungen eintreten würden; es wird deshalb von verschiedenen Seiten die Schaffung eines Betriebsmittelfonds für die Reichskasse erwogen. Eine steuerliche Entlastung der Wirtschaft ist also vorerst wegen der Notlage der Reichsfinanzen nicht ohne weiteres möglich.

Es ist aber durchaus angebracht, sich jetzt schon über etwaige Steuererleichterungen und deren Größe nach der Sanierung der Reichsfinanzen klar zu werden. Da ist vor allen Dingen die Einkommensteuer, bei der eine Heraushebung der steuerfreien Grenze und eine allgemeine Auseinanderziehung der Tarife erwägenswert wäre. Von der Einkommensteuer sind gegenwärtig nur die Einkommen unter 1200 M. jährlich befreit. Eine Heraushebung hätte große Vorteile, da neben der Entlastung der ärmeren Volksschichten eine Verschleppung der Kapitalbildung durch erhöhte Spartätigkeit eintreten würde. Ähnliches gilt von der Vermögensteuer, bei der eine etwaige Heraushebung der steuerfreien Grenze die kleinen Sparer unterstützen würde. Die Umsatzsteuer müßte auch ermäßigt werden, da ihre Höhe sich auch in den Warenpreisen auswirkt; allerdings würde eine starke Herabsetzung dieser Steuer einen besonders empfindlichen Steuerausfall nach sich ziehen. Die Landwirtchaft, deren gegenwärtige Notlage — soweit im besonderen die kleinen Landwirte in Frage

kommen — nicht geeignet werden kann (allgemeiner Index 150 bis 155, Agrarindex 120 bis 125), müßte durch die Übernahme der Rentenbankzinsen durch das Reich unterstützt werden; diese Maßnahme wäre sowohl für die Produzenten wie für die Konsumenten von günstigerer Wirkung als eine mechanische Zollerhöhung. Einem so wichtigen Volksnahrungsmittel wie dem Zucker sollte völlige Steuerfreiheit gewährt werden; diese Begünstigung käme gleichermaßen den Rübenzuckerproduzenten im Inland und den Konsumenten zugute. Schließlich ist noch an eine Senkung der Gewerbesteuer zu denken, die sämtliche Kategorien von Unternehmungen trifft. Die Gewerbesteuer wird als Kapital-, Ertrags- und Lohnsummensteuer erhoben. Da ein eindeutig klares Besteuerungsprinzip fehlt, würde eine Senkung der Steuerlast diesem Mangel etwas abhelfen.

Entgegen diesen mehr oder weniger notwendigen Maßnahmen müßte endlich der überflüssige Verbrauch — der im Ausland viel intensiver als Steuerquelle beansprucht wird als bei uns — stärker besteuert werden; dabei wäre vor allem an die Erhöhung der Steuern auf Genussmittel und Luxusartikel zu denken. Und schließlich sei noch auf die Erbschaftsteuer hingewiesen, aus der noch mehr herausgeholt werden könnte.

Die Frage des Abbaues der Industriesteuer von 300 Millionen Mark, den der Youngplan empfiehlt, sollte auch gelöst werden; eine besonders schädliche Wirkung dieser Steuer wurde allerdings noch nicht bemerkt; immerhin kann an einen allmählichen Abbau in den nächsten Jahren gedacht werden. Dagegen ist die Forderung nach der Entlastung der Reichsbahn auf das entscheidendste abzuweisen. Ein Unternehmen mit einem Anlagewert von 26 Milliarden Mark muß in der Lage sein, 660 Millionen Mark als Abgabe an das Reich zu zahlen, eine Beförderungssteuer von 300 Millionen Mark zu tragen und Vorkursaktien im Wert von einer Milliarde Mark zu verzinsen.

Die Steuerreform erfordert im Hinblick auf den Youngplan eine elastische Steuererhebung, da durch das wechselnde Anwachsen und Abnehmen der Annullitäten sowie durch das Sinken der inneren Kriegslasten und der Rückgehälter der Reichshaushalt ein ständig wechselndes Aussehen erhält. Die kommende Steuerreform muß neben der unbedingt notwendigen Entlastung der großen Masse der Konsumenten auch an die Senkung jener Steuern herangehen, die die Kapitalbildung hindern, wie Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuern. Und schließlich muß im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform und unserem Schmerzenskind dem Finanzausgleich bzw. dem Steuervereinfachungsgesetz (Verteilung der Steuern zwischen Reich, Ländern und Gemeinden), die Ausgabenseite der Haushalte aller öffentlichen Körperschaften herabgesetzt werden.

Das Genossenschaftswesen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften

Frühzeitig hatten die deutschen Gewerkschaften die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften erkannt. Nicht nur als Organisationen zur Konzentration der Kaufkraft der Verbrauchermassen im allgemeinen, sondern in noch höherem Maße wegen der in dieser Tatsache ohne weiteres in die Erscheinung tretenden Erhöhung und Sicherung des Realeinkommens der gewerkschaftlich organisierten Beamten, Angestellten und Arbeiter. Bildet doch diese genossenschaftliche Sicherung des von den Gewerkschaften durch Tarif- und Lohnvereinbarungen allmählich



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Theodor Müller
in Frankfurt a. M.
Eingetreten: 1. Mai 1879
Jetzt Invalide



Theodor Kittelberger
in Frankfurt a. M.
Eingetreten: 1. Oktober 1879
„Frankfurter Zeitung“



erhöhten Realeinkommens ganz einfach eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Tarifaktionen. Denn: abgesehen von der Erhöhung der Kaufkraft des Einkommens an sich, welche jedem Mitglied einer Konsumgenossenschaft durch die aus Großverkauf und Sparnis an Unkosten entstehende Rückvergütung zugute kommt, bildet die Konsumgenossenschaft durch Regulierung der Warenpreise eine Sicherung dagegen, daß durch die willkürliche Erhöhung derselben die Ertragsleistungen der Gewerkschaften in höheren Löhnen wieder verloren gehen. Eine sozusagen amtliche Bestätigung der beiden Tatsachen — Erhöhung der Kaufkraft und Sicherung des Realeinkommens — bildet die zur Reichsanwaltschaftzeit Dr. Luthers von ihm einer Beamtendelegation gegenüber gemachte Empfehlung der Konsumgenossenschaften als Einkaufsorganisation zur Erhöhung des Lebensstandards, da zur Zeit dem Reiche die Mittel zur Erhöhung der Beamtengehälter fehlten. Auch die Tatsache, daß bei Erhöhung der Beamtengehälter in Vor- und Nachkriegszeit Miet- und Warenpreise automatisch „anzogen“, zeigt den Gewerkschaftsmitgliedern im besonderen die große wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften.

Es ist daher kein Wunder, wenn die Gewerkschaften in erhöhtem Maße die Förderung und Stärkung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung in ihr Programm aufgenommen haben, nachdem sie selbst, über ihre früheren Aufgaben hinauswachsend, das Problem Wirtschaftsdemokratie zu meistern trachteten.

Umgekehrt wissen auch die Konsumgenossenschaften die in einer starken Gewerkschaftsbewegung wurzelnden Wirt-

schaftskräfte und ihren organisatorischen Einfluß auf die Gesetzgebung in vollem Umfang zu würdigen. Die Arbeitermassen als Verbraucher bilden die breite Grundlage der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, welche die organisierte Warenversorgung mit der daraus sich entwickelnden genossenschaftlichen Eigenproduktion zum Ziele hat. Aber weiterhin: der große politische Einfluß der Gewerkschaften im Reichstag und bei den Regierungen des Reiches und der Länder kommt, je länger je mehr, auch den Konsumgenossenschaften zugute, für die infolge genossenschaftsrechtlicher Bestimmungen und ihrer Mitgliederstruktur jede politische Betätigung „heißes Eisen“ ist. Zur politischen Passivität gezwungen, sind sie darauf angewiesen, den politischen Einfluß der Gewerkschaften zu beanspruchen, wenn ihrer Weiterentwicklung durch die Gesetzgebung und steuerliche Rechtsprechung Gefahr droht. Daß die Sozialdemokratie als einzige politische Partei den „Belangen“ der Konsumgenossenschaften aus Prinzip und vorbehaltlos Rechnung trägt, braucht als selbstverständlich kaum erwähnt zu werden.

So ist es denn kein Wunder, daß sich zwischen den Gewerkschaften mit ihren 5 Millionen Mitgliedern und den Konsumgenossenschaften mit ihren 3 1/2 Millionen Mitgliederfamilien eine Interessengemeinschaft herausgebildet hat, die aber nicht nur im rein wirtschaftlichen, sondern auch im Ideellen wurzelt. Die Zusammenarbeit der beiden größten Wirtschaftsfaktorenorganisationen, welche sich automatisch aus ihrem Wesen ergibt und gegenseitige Ergänzung bedeutet, zeigt sich auch initiativ in der Errichtung des gemeinsamen Hamburger Versicherungsunternehmens „Volkswirtschaft“ und im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes gegenüber den rein kapitalistisch eingestellten Führern der Privatwirtschaft.

Im ganzen bilden Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften zwei starke Wirtschaftsfaktorenorganisationen, die im Bewußtsein ihrer gegenseitigen Aufgaben und Interessen bestimmenden Einfluß auf die gesamte Volkswirtschaft gewinnen werden. Zum Nutzen des Volksganzen.

Die Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion

Wenn auch der Gesamtumsatz der deutschen Konsumgenossenschaften mit rund 1 1/2 Milliarden Mark im Vergleich zum gesamten Warenumsatz durch den Privathandel im Gesamtbetrag von rund 30 Milliarden Mark im Jahre 1928 noch einen verhältnismäßig geringen Anteil bedeutete — er könnte bei einiger Einnicht der großen Verbrauchermassen in die inneren Zusammenhänge von Haus- und Volkswirtschaft zehnmal größer sein! —, so besitzt dieser Umsatz doch einen ganz eigenartigen inneren Wert und eine besondere Bedeutung für das Kapitel der produktiven Wirtschaftsdemokratie. Wofür sich Sozialisten und Gewerkschaftler am allermeisten interessieren dürften. Aber auch die Verbraucher im allgemeinen haben ein Interesse daran, zu sehen, wie sich genossenschaftlich organisierte Kaufkraft allmählich in Produktion für den eignen Markt umkehrt. Und da es sich hierbei fast ausschließlich um Nahrungsmittelproduktion handelt — Backwaren, Teigwaren, Fleisch und Wurstwaren usw. —, so gewinnen die Zahlen eine wesentlich größere Bedeutung am Gesamtumsatz des deutschen Privathandels, in welchen ja die gesamte Verbrauchsgüterproduktion einbezogen ist.

Zur Beurteilung des Verhältnisses der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zum Umsatz dienen am besten die von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes

Die Illustrationsverfahren

Der Bilderdruck hat in den letzten Jahrzehnten einen gewaltigen Aufschwung genommen. Waren Bilder früher seltene Beigaben zu Büchern, so kann man sich heute den größten Teil der Druckwerke kaum noch ohne Bilder vorstellen. In den Tageszeitungen nehmen Abbildungen einen immer größeren Raum ein, und zahllos sind die illustrierten Blätter, bei denen das Bild vorherrscht und der Text nur in kurzen Bildunterschriften besteht.

Die Ausbreitung des Illustrationsdruckes wurde erst möglich durch die Entwicklung der Photographie, die als Reproduktionsphotographie allen Drucktechniken dienbar gemacht wurde. Die Photographie an sich ist heute schon Allgemeingut aller geworden; und obwohl für das landläufige Knippen große technische Kenntnisse nicht erforderlich sind, erfährt doch jeder, der sich bemüht, mit seinem Apparat bessere künstlerische Wirkungen hervorzubringen, daß auch die Photographie allerlei schwierige Probleme umschließt.

In der Reproduktionsphotographie, die mit der Herstellung eines gut gelungenen Papierabzuges nicht abschließt, sondern damit eigentlich erst beginnt, um die Reproduktion druckfähiger Bildplatten zu ermöglichen, steigern sich diese Schwierigkeiten natürlich ganz gewaltig. Trotzdem hat die Reproduktionsphotographie künstlerische, technische und chemische Dinge eine große Rolle spielen und trotz der bestehenden Schwierigkeiten, darf man doch von einer Vereinfachung, zum mindesten von einer großen Vereinfachung der Bildherstellung durch die Einführung der Reproduktionsphotographie sprechen. Die alten Illustrationsverfahren, wie z. B. der Holzschnitt, stellten eine langwierige Methode dar. Die durch Zeichnung oder Pause übertragenen Bilder mußten mit dem Stichel eingegraben und so druckbar gestaltet werden. Durch die Photographie war es möglich, vorhandene Zeichnungen auf Zink zu über-

tragen und als Strichätzung dem Buchdrucker für einfachen Bilderdruck in die Hand zu geben. Die einfache Strichätzung wurde dann vervollkommnet durch Einlegung von Tönen mittels des Tangierkastens. Um vollkommensten gestaltet sich jedoch die Bilderwiedergabe durch Einführung der Autotypie, bei der jeder Halbton, photographisch in Rasterpunkte zerlegt, druckfähig wird. Um die störende Wirkung des gleichmäßig verlaufenden Linienkastens bei der Autotypie aufzuheben, versuchte man die Anwendung verschiedener regelmäßiger Raster. Für die Wiedergabe von Zeichnungen und ähnlichen Originalen ist daher die Kornätzung stark in Aufnahme gekommen. Aber auch für den Buchdruck, der ursprünglich auf dem farbigen Holzschnitt basierte, hat sich die photographische Reproduktion als geeignet erwiesen, und an Stelle des von der Hand geschnittenen farbigen Holzschnittes treten Strichätzungen mit Farbplatten in Koromanier, später dann farbige Autotypien für zwei- und mehrfarbigen Druck, und schließlich gestattete die Anwendung der Farbenphotographie die Herstellung von Druckformen für den Drei- und Vierfarbendruck. Es ist zu verwundern, daß der Vierfarbendruck im allgemeinen bevorzugt wird, obwohl man mit drei Farben in den allermeisten Fällen auskommt. Es scheint hier, als seien nicht überall in der Chemigraphie die Kräfte vorhanden, die mit drei Farbplatten eine gute Bildwirkung hervorbringen können. Aber in der Druckpraxis kam man selbst mit den photographisch hergestellten Druckformen nicht aus. Besonders im Zeitstreifenruck machte sich eine Vervielfachung der Druckstöcke notwendig und die Galvanoplastik und Stereotypie wurde dazu herangezogen.

In letzter Zeit finden wir auch den Gummidruck, der, besonders für den Druck von Rechnungen geeignet, nicht nur großflächige Zeichnungen und Schriften, sondern auch Bilder in Rastermanier wiedergibt. An Stelle des metallisch harten Buchdruckflusses tritt hier ein Gummiflusses, von dem in der Buchdruckpresse gedruckt werden kann. Das ist

den rauhen Papieren anschniegt und auch durch Unreinlichkeiten im Papier nicht so leicht beschädigt werden kann.

Eine gleiche Entwicklung wie im Hochdruck wurde durch die Einführung der Photographie auch in der Ausbreitung des Tiefdruckverfahrens erreicht. Radierungen, Kupferstiche in den verschiedensten Manieren finden wohl vereinzelt noch Anwendung. Für den heute in Aufnahme gekommenen Massendruck sind diese Verfahren jedoch nicht nur zu kostspielig, sondern vor allen Dingen auch zu langwierig. Die Einführung des Katal-Tiefdruckes war nur möglich durch Aufnahme der photographischen Übertragung der Vorlagen auf den Tiefdruckzylinder. Wir sehen eine weitere Entwicklung auf dem Tiefdruckgebiet durch die Ausbreitung des Zwei- und Dreifarbenziefdruckes, dem zur vollkommen künstlerischen Wirkung zwar noch Schwierigkeiten entgegenstehen, an deren Überwindung jedoch eifrig gearbeitet wird.

Im Flachdruck beherrscht die manuelle Plattenherstellung noch ein verhältnismäßig großes Feld. Für den reinen Steindruck findet die Lithographie noch vielfach Anwendung. Die schnelllaufenden Offsetmaschinen verlangen jedoch eine andere Methode der Plattenherstellung. Die Grundlage dafür schuf die Photolithographie mit ihren verschiedenen Übertragungsverfahren. Es fehlen jedoch in der Photolithographie immer noch die vollkommen sicheren Verfahren, die eine zwangsläufige Abwicklung des ganzen Prozesses ermöglichen. Zuviel hängt noch von den Fähigkeiten besonders eingebüßter Kräfte ab.

Die vielen Umdruck- und Kopierverfahren, die für Bild- und Schriftübertragung in Anwendung sind und zu denen immer wieder neue hinzukommen, beweisen, daß die bestehenden Verfahren alle noch mit bestimmten Mängeln belastet sind. Jedes dieser Verfahren ist an sich brauchbar und zeitigt zum mindesten in der Hand des Erfinders gute Resultate. Aber wie gesagt, es fehlt allen die Zwangsläufigkeit, die unter allen Umständen zum Erfolge führt.

deutscher Konsumvereine (Hamburg) bekannten Zahlen. Außer dieser größten Zentralorganisation der deutschen Konsumgenossenschaften läme noch der Reichsverband deutscher Konsumvereine (Köln) in Betracht, was aber für die nachfolgende Zusammenstellung keinerlei alterernde Bedeutung besitzt, in welcher die Umsatz- und Produktionszahlen der Geschäftsjahre 1924/1925 bis 1927/1928 eine interessante Entwicklung zeigen. Es betragen:

Umsatz		Eigenproduktion	
in Millionen Mark		in Millionen Mark	
1924/1925	610,1	rund 180	= 29,5 Proz. des Umsatzes
1925/1926	740,7	rund 180	= 25,8 Proz. des Umsatzes
1926/1927	881,1	rund 241	= 27,4 Proz. des Umsatzes
1927/1928	1045,9	rund 302	= 29,0 Proz. des Umsatzes

Diese Zahlen zeigen, daß zwar in den beiden ersten Vergleichsjahren das Prozentverhältnis der Eigenproduktion zum Umsatz um eine Kleinigkeit gefallen ist, daß aber in den weiteren Vergleichsjahren die Differenz wieder ausgeglichen wurde und noch eine Steigerung um 3 Proz. gegenüber dem Geschäftsjahre 1924/1925 erfolgte.

Diese Entwicklung scheint geringfügiger Natur zu sein. Wenn man aber beachtet, daß der Umsatz vom ersten Vergleichsjahr bis zum letzten eine Steigerung um 429,8 Millionen Mark erzielt und die Eigenproduktion mit einer Steigerung um 142 Millionen Mark reagierte, also das Verhältnis noch um 3 Proz. erhöhte, so ergibt sich eine ganz unerwartete Zunahme der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, welche den Charakter der deutschen Konsumvereine als eigentliche Konsum- und Produktionsgenossenschaften erkennen läßt. Und es ist von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß diese konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion mit ihrer andauernden Steigerung den Beweis liefert, wie einfach und risikolos die Regelung der Produktion für den eignen Markt ist. Sie ist aufgebaut auf dem Warenverkauf innerhalb des eignen Marktes, bedeutet also: Regelung der Produktion durch genossenschaftliche Organisation des Verbrauchs. Die Ausschaltung der Zufälligkeiten und Spekulationen des offenen Marktes bedeutet Ausschaltung von Kapital- und Produktionsrisiko. Es wird nicht mehr planlos produziert, wobei Warenverderb und Zinsverlust die Risikoprämie des Kapitals bedeuten, sondern es wird bei nahezu absolutem Kenntnis des Bedarfs nur so viel produziert, als man braucht. Worin das „Geheimnis“ der risikolosen Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften beruht. Und ihre Bedeutung als praktisches Exempel für die Durchführbarkeit der Marx'schen Theorie, die nach simplen Begriffen eigentlich ganz zu unrecht Menschen, Völker und Welten in den letzten sieben Jahrzehnten politischen Kampfes aufgewühlt hat.

Man braucht sich also nur von den Konsumgenossenschaften gegebene Beispiel nur auf nationaler Stufenleiter in volkswirtschaftlichen Ausmaß vorzustellen, um einzusehen, daß Wirtschaftsdemokratie technisch möglich und sozialwirtschaftlich notwendig und zweckmäßig ist.

Genossenschaftlich konzentrierte Wirtschaft

Es ist allgemein bekannt, daß die Konzentration der Kräfte in der Volkswirtschaft ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Leistung bei gleichzeitiger Senkung der angewandten Kräfte im Vergleich zur differenzierten Wirtschaft bedeutet. Zwar hat die privatkapitalistische Wirtschaft auch schon gegenteilige Resultate geliefert, was aber nichts gegen den Grundsatz der Konzentration sagt, sehr vieles aber, wenn nicht Entscheidendes gegen die privatkapitalistische Wirtschaft.

Daher ist es auch für den sich mit den verschiedenen Illustrationstechniken berufsmäßig Befassenden schwer, aus der Anzahl der Verfahren das für den jeweiligen Fall besonders zu bevorzugende herauszufinden; denn zu den im Hoch-, Tief- und Offsetdruck gelübten Techniken tritt noch der Lichtdruck und der neuere Alpha-Filmlichtdruck hinzu, die beide für die originalgetreue Wiedergabe bestimmter Vorlagen unentbehrlich bleiben. Und für ausgeprobenere künstlerische Wirkungen haben dann einzelne graphische Anstalten Kombinationen verschiedener Druckverfahren, Heliogravüre mit Lichtdruck, Stein- und Buchdruck, Kalktiefdruck und Offsetdruck, Radierung oder Lichtdruck mit Stein- und Buchdruck mit Stein- und Buchdruck ausgearbeitet.

Wer wollte sich in diesen vielen Druckmethoden zurechtfinden, wenn ihm nicht durch das soeben in zweiter Auflage erschienene Werk von Otto Krüger „Die Illustrationstechniken“ ein Führer und Ratgeber zur Seite stände. Der Verfasser, Direktor der graphischen Abteilungen der Firma F. W. Brodhaus in Leipzig, hat hier auf 372 Seiten alles zusammengetragen, was in dem Titel angebeutet wurde. Er gibt bei den verschiedenen Kapiteln auch Hinweise über die Bewertung und Berechnung, über die Preisgestaltung des Verfahrens und wägt dabei ab, welches Verfahren bei den unterschiedlichen Aufgabenhöhen, nicht nur auf Grund der qualitativen Eignung, sondern auch auf Grund der entstehenden Kosten zu bevorzugen ist. Mit 90 Beispielen werden die behandelten Druckmethoden in meist mehrfarbiger Ausführung und in ganz markanten Beispielen gezeigt, so daß auch hierdurch die Möglichkeit gegeben ist, sich über die Eignung jeder Technik zu unterrichten. Wer als Berufsständler, als disponierender Druckfachmann, als Kundenberater oder als Auftraggeber sich mit den Illustrationstechniken zu befassen hat, dem kann man keinen besseren Führer empfehlen als das Werk von Krüger, erschienen bei F. W. Brodhaus in Leipzig. Preis 33 M. D.

Wirtschaftsform. Denn die Privatwirtschaft kann zwar Kapital für den Wirtschaftsprozess konzentrieren, was uns schon Karl Marx in einem Kapitel über die Akkumulation des Kapitals gelehrt hat, aber die Organisation der Menschen für die Wirtschaftszwecke der Kapitalkonzentration hat sie nicht in der Hand, womit das entscheidende Element zur dauernden Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaft als Herrschaftsform fehlt.

Anders die konsumgenossenschaftliche Kräftekonzentration in Wirtschaft und Kapital. Hier wird durch die Organisation der Verbrauchermassen Wirtschaft- und Kapitalkraft erzeugt und konzentriert — eine Kräftekonzentration ergänzt die andre. Voraus sich ohne weiteres die Überlegenheit der gemeinwirtschaftlichen Kräftekonzentration gegenüber der privatkapitalistischen ergibt.

Zu solchen Ermägungen muß man kommen, wenn man dem Geschäftsbericht der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg auch nur eine halbe Stunde Überlegung widmet. Er besitzt vor allem, wie überhaupt die konsumgenossenschaftliche Bilanz und Statistik, den Vorzug der Wahrheit und Klarheit, den man bei andern Unternehmensformen aus steuerlichen und andern Gründen vermissen muß. Diese Großhandels-Gesellschaft — eines der größten konsumgenossenschaftlichen Produktions- und Handelsunternehmen Europas — existiert kraft der Konzentration von nahezu drei Millionen Verbrauchersfamilien in 1500 deutschen Konsumvereinen. Sie bildet den Brennpunkt der genossenschaftlichen Massen- und Wirtschaftskonzentration. Denn bei ihr allein konzentrierte sich im Jahre 1928 ein Warenumfang von 444,4 Mill. M., von dem 104,7 Mill. M. = 65,86 Proz. mehr als im Vorjahr auf die eigne Gütererzeugung entfallen. Sie hat beispielsweise allein in ihren modern eingerichteten Fleischwarenfabriken einen Umsatz von 17,7 Mill. M. erzielt und damit den des Vorjahres um 10,9 Mill. M. überschritten. Und dieser Umsatz geht nicht durch einen unwirtschaftlichen Überfluß von Handelskanälen an den Verbraucher, der die unnötigen Unkosten und Kapitalprofite der Industrie und des Großhandels bezahlen muß, sondern lediglich durch die Konsumvereine auf dem direkten Wege an die Verbraucher.

Daß sich aus einer so konzentrierten und vereinfachten Wirtschaft Kapital entwickelt, das wiederum dem genossenschaftlichen Wirtschaftsprozess dient, also der Gemeinwirtschaft, zeigen ein paar Bilanzzahlen der Großhandels-Gesellschaft. Sie besitzt eigne Bankabteilung, die an Bank-einlagen im Jahre 1928 103,4 Millionen Mark verzeichnet, um großen Teile Erparnisse der in den Konsumvereinen organisierten Verbraucher. Sichergestellt sind diese Vertrauensgelder durch 77,3 Millionen Mark flüssige Mittel. Von einem Stammkapital mit 15 Millionen Mark sind rund 10 Millionen Mark einbezahlt. Und der Überschuß der Gesellschaft beträgt rund 4,4 Millionen Mark. Bei 3,7 Millionen Mark Abschreibungen an Grundstücken und Einrichtungen. Dabei sind 13,8 Millionen Mark Reserven vorhanden, denen weitere 3,8 Millionen Mark aus dem Überschuß zugewiesen werden sollen, so daß die Reserven auf 17,6 Millionen Mark anwachsen — bei 10 Millionen Mark eingezahltem Stammkapital. — erhalten die „Aktionäre“ — das sind die Konsumvereine — erhalten nur eine Kapitalverzinsung von 5 Proz. = 578 000 M.

Aber das durch die konzentrierte Wirtschaftskraft der Verbrauchermassen angelegte Kapital wird immer wieder von neuem in den Dienst der konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft gestellt, um immer wieder neue und größere Werke zu erzeugen.

So gibt diese genossenschaftlich konzentrierte Wirtschaftskraft ein klassisches Beispiel von der Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, einen lehrreichen Anschauungsunterricht über den — konstruktiven Sozialismus. ff.

Korrespondenzen

Altenburg. Trotz sehr guten Wetters war die Bezirksversammlung am 29. September nicht sehr gut besucht, sie konnte aber erst eine gute halbe Stunde später als angelegt eröffnet werden, weil die meisten, und zwar gerade die am Orte wohnenden Kollegen, sich nicht an Pünktlichkeit gewöhnen können. Eingangs der Tagesordnung konnten wieder zwei 25jährige Verbandsjubilare beglückwünscht werden, deren Vorbild den jungen Kollegen empfohlen wurde. Müßten doch wieder einige Kollegen ausgeschlossen werden, die keine Redespflicht und Beitragszahlung zu kennen scheinen. Nach Bekanntgabe geschäftlicher Mitteilungen wurde ein Bericht von einer Bezirksleiterkonferenz, ein Bericht von der Volkswirtschafts- und Arbeiterkongress sowie der Kartellbericht entgegengenommen. Vorsitzender Eichardt berichtete außerdem über die Bezirksvorsteher- und Kassiererkonferenz in Weimar und machte die Besammlung mit den dort gefassten Beschlüssen bekannt. Nach längerer Debatte kam zum Ausdruck, daß über die dort beschlossene Aufhebung der bestehenden Verwaltungsbezirke und besonders über die Anstellung eines dritten besoldeten Gauangestellten (dieser fällt man vorläufig nicht für nötig, sondern empfiehlt den Gauangestellten, sich in erster Linie der Gauarbeit zu widmen) eine Urabstimmung stattfinden soll. Ein ebenfalls von der Bezirksvorsteherkonferenz gefasster Beschluß, die Erhebung eines Extrabeitrags von 20 Pf. zur Unterstützung ausgeleierter Arbeitslosen wurde mit dem Zufuß angenommen, daß dieser Beitrag nur befristet zu erheben ist. Der Gauvorstand wird beauftragt, beim Verbandsvorstand energische Schritte zu unternehmen, eine diesbezügliche Unterstützung mit ev. Extrabeitragszahlung auf zentraler Grundlage einzuleiten. Mit einem Protest gegen die Herausnahme des Vertriebsmittelsgewerbes Mitteldeutschlands aus der Krisenfürsorge fand die Versammlung einen würdigen Abschluß.

O. F. Erfurt. In unsrer am 24. September abgehaltenen Bezirksversammlung gab der Bezirksvorsteher Stange einen Bericht von der in Weimar abgehaltenen Bezirksvorsteherkonferenz. Während die Erfurter Kollegen den Beschluß der Konferenz, einen Extrabeitrag von 20 Pf. zur Unterstützung der in der Erwerbslosenfürsorge und im Verband ausgeleierten Kollegen des Gaues Thüringen zu erheben, begrüßten, hielten sie es doch für angebracht, weil es in allen Gauen ausgeleierte Kollegen gibt, daß der Verbandsvorstand Mittel aus der Verbandskasse zur Verfügung stellt, diese Kollegen zu unterstützen, selbst wenn ein zentraler Extrabeitrag erhoben werden sollte. Denn würden wir als einziger Gau diese Unterstützung gewähren, so würden die vom Frankfurter Verbandstag aufgegebenen Extraaufstellungen wieder eingeführt. Mit Widerspruch nahm die Versammlung zur Kenntnis, daß der vom letzten Gauverband in der Bezirksvorsteherkonferenz verabschiedete Antrag des Gauvorstandes, die Verwaltungsbezirke aufzuheben und in Agitationsbezirke zu verwandeln, von der Konferenz angenommen wurde. In der langen und lebhaften Aussprache wurde von den Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß hierdurch keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung eingetreten sei und die Kollegen nicht das geringste Selbstbestimmungsrecht mehr haben. In der Verwaltung könne ein Fortschritt nicht eintreten, da nunmehr dem Gauvorstand die ganze Arbeit aufgebürdet wird, während dies bisher die Bezirksvorstehernden ehrenamtlich erledigten. Der Unwille der Kollegen gegenüber diesem Beschluß kam in folgender Entschiedenheit klar zum Ausdruck: „Die gut besuchte Versammlung des Ortsvereins Erfurt am 24. September 1929 erklärt sich mit der Erhebung eines Extrabeitrages zur Unterstützung der ausgeleierten Kollegen einverstanden. Jedoch erwartet die Versammlung, daß in aller Kürze vom Verbandsvorstand eine Unterstützung für alle ausgeleierten Kollegen gewährt wird. Gegen die Aufhebung der Verwaltungsbezirke erhebt die Versammlung scharfen Protest. Die Versammlung kann nicht einsehen, daß die Verwaltungsarbeit dadurch erleichtert wird, um diesen Beschluß zu rechtfertigen. Es wird durch die Aufhebung der Verwaltungsbezirke das Zusammengehörigkeitsgefühl unter der Kollegenchaft, welches sich seit Jahrzehnten herausgebildet hat, und das Selbstbestimmungsrecht erschüttert. Die Versammlung ersucht die übrigen Bezirke im Gau Thüringen, sich diesem Protest anzuschließen und dafür zu wirken, daß dieser Beschluß aufgehoben wird.“ Die Erfurter Kollegenchaft wünscht, daß ihre kritischen Bemerkungen dazu beitragen mögen, den alten Zustand der Verwaltungsbezirke wieder herzustellen. (Anmerkung der Schriftleitung: Bezüglich der vom Gau Thüringen in Zukunft nicht mehr mit dem Bezirksfasser, sondern direkt mit der Gauverwaltung abrechnen und daß die Aufwendungen der Agitationsbezirke von der Gaukasse getragen werden.)

Gera. In unsrer Bezirksversammlung am 25. September war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte Vorsitzender Rante in ehrenvollen Worten des im Heiligsankalt Müßig verchiedenen Kollegen Wilhelm Faber (seit 1921 Erster Bürgermeister der Stadt Weida). Nach einer Anzahl interner Mitteilungen gab dann Kollege Rante den Bericht von der Bezirksvorsteher- und Kassiererkonferenz in Weimar. In der ausgiebigen Aussprache über die dort gefassten Beschlüsse kam deutlich zum Ausdruck, daß die Mitglieder mit dem Ergebnis der Konferenz absolut nicht einverstanden waren. Hauptächlich die Umwandlung der jetzt bestehenden Verwaltungsbezirke in Agitationsbezirke, die Erhöhung des Gaubeitrages um 5 Pf. zu Lasten der Bezirkskassen, die Anstellung eines dritten Gaubeamten und die Erhebung eines Extrabeitrages von 20 Pf. nur innerhalb des Gaues zur Unterstützung der ausgeleierten Arbeitslosen erfuhrten starke Ablehnung. Hinsichtlich des Extrabeitrages wurde die Ansicht vertreten, daß im ganzen Verbandsgebiet durch den Verbandsvorstand eine Unterstützung der Ausgeleierten und eventuell ein niedrigerer Extrabeitrag hierzu hätte in die Wege geleitet werden müssen zur Unterstützung der Gaues mit großer Arbeitslosigkeit. Entsprechend den Beschlüssen des Frankfurter Verbandstages wurde dann die Aufhebung des Arbeitslosenbeitrages aus der Kartellkasse mit Beginn des vierten Quartals beschlossen.

— Gießen. (S andseher.) Am 21. September fand auf Veranlassung der hiesigen Vereinigung eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, in der Kollege W. Wolf (Erfurt) über das Thema: „Verband und Sparten“, referierte. Die Versammlung war von den Handfegerkollegen (selbst die ältesten Berufs- und Verbandsveteranen hatten dem Rufe des Vorstandes Folge geleistet) sehr gut besucht, doch wäre eine größere Beteiligung der Kollegen der übrigen Berufsgruppen wünschenswert gewesen. Vorsitzender Schneider begrüßte mit kollegialen Worten die Versammelten und den Referenten. Er wies darauf hin, daß der Zweck der Versammlung der sei, der Kollegenchaft zu Gehör zu bringen, inwieweit sich hinsichtlich des Verhältnisses des Verbandes zu den Sparten und umgekehrt, sowie die Zusammenarbeit der Sparten zueinander gestalten muß, um für die Organisation und die Kollegenchaft nützlich zu sein. Hierauf nahm der Referent das Wort zu seinem Vortrage, der, um es vorweg zu sagen, einen hohen geistigen Genuß bereite. Der anderthalbstündige Vortrag fand stärksten Beifall. Ausgehend von der 14. Tagung unsres Verbandsparlaments, die insofern historische Bedeutung hat, als auf derselben die einstimmige Anerkennung der Handfegerparte beschlossen wurde, gab er ein getreues Spiegelbild über die Ursachen der Handfegerbewegung mit allen ihren Begleiterscheinungen. Übergehend zur Frage der Sejmmaschine, behandelte er deren Ausbreitung, die Entstehung und den Ausbau der Maschinensejmwerke und die damit im engsten Kontakt stehende Lohnpolitik. Auch die übrigen Sparten

anden in ihrer Tätigkeit gerechte Würdigung. Zusammenfassend erklärte der Referent, daß wir in erster Linie Verbände- und dann erst Spartenmitglieder zu sein hätten, Worte, die lebhafteste Zustimmung hervorriefen. Auch des Bildungsverbandes Gedächtnis er in anerkenntlichen Worten, bemängelte jedoch dessen oft gezeigte einseitige Einstellung und betrachtete es als eine Notwendigkeit, daß die Bildungsarbeiten in Gemeinschaft mit den Sparten durchgeführt und Leerlauf vermieden werden müsse. Der Referent schloß mit einem Appell an die gesamte Kollegenchaft, Solidarität und Kollegialität zu pflegen und zu üben. Die anschließende Diskussion bewegte sich im Rahmen der Ausführungen des Referenten. Mit Dankesworten an diesen und der Bitte an die Kollegenchaft, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und berufstechnischen Verhältnisse gütlich zusammenzusehen, fand die angeregte, aber sachlich verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Stegan. (Vierteljahrsbericht.) In Anbetracht des Bezirkstages im Juli fiel die übliche Monatsversammlung aus. — Als wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der August-Versammlung stand die Lokalfrage. Seit Jahren sucht der hiesige Ortsverein eine ständige Weibse, wo sich die Kollegen auch nach Schluß der Versammlung wohl fühlen. Nachdem im Juli d. J. das Lokal „Drei Linden“, Pölnische Straße, als Buchdruckerherberge vom hiesigen Ortsverein eingerichtet wurde, in welches die vielen Durchreisenden aufs Beste versorgt und untergebracht werden durch besonders weitgehendes Entgegenkommen der Wirtin, beschloß die Kollegenchaft, die vorerwähnten Räumlichkeiten obengenannten Lokals als Versammlungsort zu nehmen. Auch der Bildungsverband hält nun seine Zusammenkünfte hier ab. Aus dem in der Versammlung erstatteten Kasienbericht war zu ersehen, daß sich die Bezirkskasse wie die Ortsvereinskasse in Ordnung befinden. — Die Versammlung im September befaßte sich meist mit rein örtlichen Vorkommnissen in tariflicher, sozialer und gewerkschaftlicher Hinsicht. Aus den Vereinsteilungen konnte man entnehmen, daß die Arbeitslosenfrage im Steigen begriffen ist und die Krankheitsmeldungen die Mitte halten. Besonders wird von den Provinzorten Klage geführt betreffend Einstellung von Kollegen, die zum Teil aus den weitesten Gegenden herbeigeholt werden, obwohl arbeitslose Kollegen am Orte bzw. Bezirk und Gau vorhanden sind. Vielleicht nimmt sich der Gauverband dieser Sache näher an. Zu wünschen wäre, daß die Versammlungen stärker besucht würden, vor allem durch die jüngeren Kollegen!

München. (Drucker.) Unre Versammlung am 14. September eröffnete Vorsitzender Felner mit der Aufforderung zum fleißigen Besuch der Versammlungen und Vortragsabende sowie der Kurse, um so die Durchführung des reichhaltigen Winterprogramms möglich zu machen. Der Vortrag „Maschinenentwicklung“ und insbesondere die Ausprache über die unverhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit der Münchener Drucker war äußerst lehrreich und lebhaft. Der Vorsitzende erbat die Kollegen, durch strikte Einhaltung der tariflichen Bestimmungen die Arbeitslosigkeit mildern zu helfen. Hierauf berichtete er über den jetzigen Empfang der Münchener Kollegen in Salzburg. Als äußeres Zeichen treuer Freundschaft wurde uns vom Salzburger Maschinenmeisterverein eine prächtig ausgeführte Vereinsglode überreicht, die auch in der Versammlung freudige Aufnahme fand.

Stargard i. Pom. In unserer äußerst gut besuchten Versammlung am 21. September gab u. a. Bezirksvorsitzender Klementz einen umfassenden Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Stettin. Das Hauptthema wurde als „Abbau der Gau-Sterbezugsstufe“ heiß umstritten. Man konnte es dort, wie auch in unserer Mitgliedschaft, nicht begreifen, daß eine so selbstlos arbeitende und agitationskräftige soziale Einrichtung so klanglos vom Verbandstag ins Jenjeits befördert wurde. Nach eingehender Diskussion faßte die Versammlung folgende Resolution: „Die Versammlung des Ortsvereins Stargard verzurteilt aus schärfste die auf dem Verbandstag in Frankfurt am Main gefaßten Beschlüsse betreffend Auflösung der Sterbezugsstufe des Obergaues. Es erscheint uns unverfänglich, daß man eine Einrichtung, die nur im äußersten Notfall eine Familie schützte, so plötzlich ohne jeden Grund auflösen konnte. Wir werden zur gegebenen Zeit immer wieder mit der Forderung auf Gründung einer Sterbezugsstufe an spätere Verbandstage herantreten und vielleicht dann auch Verständnis für unsere Forderung finden. Nur der straffen Disziplin in unserer geschäftigen Organisation wegen fügen auch wir uns dem gefaßten Beschluß.“ Ein umfassender Bericht vom Bezirkstag in Schneidemühl und eine sich hieran anschließende Diskussion machte den andern Teil der Versammlung wertvoll.

Tilsit. Am 21. September fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Der Grund hierzu war, daß der langjährige Vorsitzende Kollege Sage sein Amt infolge längerer und schwerer Krankheit niederlegte und auch der zweite Vorsitzende, Kollege Jakubeit, am 1. Oktober Tilsit auf längere Zeit verläßt, um die Wirtschaftsanteile zu besuchen. Bevor zur Wahl geschritten wurde, nahm Kollege Jakubeit Gelegenheit, auf die neunjährige Tätigkeit des Kollegen Sage hinzuweisen, in welcher er den Ortsverein musterhaft geführt hat. Ebenso hat er den Ortsverein nach außen hin auf vielen Tagungen, selbst Verbandstagen, vertreten und die gesammelten Erfahrungen auf allen Gebieten dem Ortsverein gütigst mitgeteilt. In allem war er ein ganzer Mann, und seine Pflicht hat er in vollem Maße erfüllt, dafür gebührt ihm der Dank des Ortsvereins. Die Anwesenden erhoben sich zum Zeichen des Dankes von den Plätzen. Zum ersten Vorsitzenden wurde darauf Kollege Jakubeit, zum Stellvertreter Kollege Wille gewählt, der während der Abwesenheit des Kollegen Jakubeit auch dessen Stelle vertritt. Außerdem wurde noch ein Beisitzer gewählt. Auch dem Kollegen Jakubeit, die er dem Ortsverein gewidmet hat. Nach Erledigung einiger Punkte blieben die Mitglieder noch zu Ehren des scheidenden Kollegen Jakubeit noch einige Stunden gemüßig beisammen.

Waldenburg i. Schl. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 17. Juli gab unser Verbandstagsdelegierter, Kollege Röhrl, einen gedrähten Bericht über den Frankfurter Verbandstag. Mit lebhaftem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen des Referenten. Eine rege Aussprache schloß sich an. Der Orts- und der Bezirksleiter berichteten über den Stand der Kassen im zweiten Quartal; die Entlastung erfolgte in üblicher Weise. Der Punkt „Mittelungen und Beschiedenes“ brachte noch allerlei Verhandlungsstoff. — Eingangs der Augustversammlung widmete der Vorsitzende den 33 Opfern der Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche „Glückhils-Friedenshoffnung“ in Nieder-Hermendorf einen tiefempfundenen Nachruf. Zur Wiederannahme gelangte ein Kollege, außerdem wurde ein Mitglied der Lehrlingsabteilung in den Verband übernommen. Kollege Mahner sprach über Spartenfragen, wobei er besonders das Verhältnis der Hand- und Maschinenseher zueinander in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Die darauffolgende Aussprache hielt sich im kollegialen Rahmen. — Der wunderschöne Spätsommertag des 15. September verleitete die Kollegen mit ihrer Familienangehörigen zu einem geselligen Beisammensein im Gasthof „Zur Zufriedenheit“ in Bärengrund. Die Kinder wurden mit allerlei Süßigkeiten bedacht. Tanz, Polka und Polka-Bühne unterhielten die Erwachsenden bis zum gemeinsamen Aufbruch.

Allgemeine Rundschau

Theodor Leipart schwer verunglückt. Am Montagmorgen gegen 8 1/2 Uhr ereignete sich in Berlin ein folgenschweres Automobilunglück, bei dem der erste Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Der mitfahrende Geheimrat Bachem, Direktor der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte, wurde ebenfalls schwer verletzt, besaglichen der Chauffeur. Die drei Verletzten wurden sofort in das Hildegard-Krankenhaus eingeliefert.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckergewerbe. Die Arbeitslosenzahl in unserm Verbands im Monat Septem der erreichte sich auf 204 Mitgliedern; 28 von diesen mit 3852 Mitgliedern sandten keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß der letzten Woche des Monats 87 300 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 9683 (gegen 9079 im August). Verkürzt arbeiteten 629 Mitglieder (gegen 385 im August), und zwar bis zu 2 Stunden 207, 9 bis 16 Stunden 224, 17 bis 24 Stunden 170, 25 und mehr Stunden 22 Mitglieder.

Zur Unterhaltungsfrage für reisende Kollegen. Ein Wunsch der reisenden Kollegen, der immer wieder in Zuschriften an uns drückt, ist die Herrichtung einer besseren Unterkunft bzw. Übernachtung. Einige der Verbandsstellen sind alte Schankstätten, die nur als Raststätten zu bezeichnen sind. Besonders die jüngeren Kollegen sind darauf bedacht, einen gemüßlichen Raum zu finden, wo sie sich als Wanderer wohlfühlen und wo ihnen nicht immer gleich der Alkohol vor der Nase steht. Es wären hier mehrere Städte (größere sogar) zu nennen, wo das der Fall ist; abgesehen von Hotels- und Gewerkschaftshäusern, die man alle loben dürfte. Zu empfehlen sind die weit ausgebauten Jugendherbergen, wo jedem Wanderer im Sommer wie im Winter eine manchmal zwar primitive, doch aber saubere Übernachtung gewährt wird. Allerdings sind für einen Jahresausweis 8 M. für Personen über 20 Jahren und 50 Pf. für Jugendliche unter 20 Jahren zu entrichten. Die Ausweise sind von den zuständigen Ortsgruppen zu erlangen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn unsern Reisenden mehr Rechnung getragen würde, um ihnen ein freundliches Dach zu bieten.

Hinweis auf den Wanderchein. Es ist vielen Kollegen noch unbekannt, daß seit über zwei Jahren der Wanderchein besteht, worauf den auf die Reise gehenden Kollegen bzw. Handwerker die staatliche Arbeitslosenunterstützung auch auf der Reise gewährt wird. Der Wanderchein wird in der Regel nach vierwöchiger Arbeitslosigkeit ausgestellt, kann aber in Ausnahmefällen auch schon früher gewährt werden. Bedingung ist, daß der Betreffende nicht selbst die Arbeit ausgegeben hat, sondern gelindert worden ist. Zur Erlangung des Wandercheins ist ein einfacher Antrag beim zuständigen Arbeitsamt mit Angabe der Personalien, Reiseort und Ziel, das unterwegs gewechselt werden kann, nebst Lichtbild erforderlich. Er wird auf die Höchstdauer von zehn Wochen nur an Ledige unter 30 Jahren (mit Ausnahmen) gewährt. Auf der Reise soll man sich täglich melden, mindestens aber jeden zweiten Tag. Jeden dritten oder vierten Tag soll die Unterstützung abgehoben werden. Bei Nichtabholung der Vorprisen kann der Reisende gewärtig sein, daß ihm einige Tage verloren gehen. Es sollte nach Möglichkeit davon Gebrauch gemacht werden, da es das gute Recht eines jeden ist.

Die Verkünder der beiden Geschlechter. In einer Statistik der Bücher öffentlichen Bibliotheken sind interessante Angaben über die Unterschiede im Geschmack der männlichen und der weiblichen Leser entfallen. Die Zahl der künftigen männlichen Entleiher, die berücksichtigt wurde, beläuft sich auf 2700, die der weiblichen auf 1719. Im ganzen wurden von den männlichen Lesern 50 741, von den weiblichen 32 709 Bände entliehen. Die Männer bevorzugten Bücher, die Erd- und Völkerkunde sowie Reisen enthalten; von dieser Gruppe entfielen 6108 Bände auf Männer, 1321 auf Frauen. Ebenso überweg bei weitem der männliche Geschmack bei Verken der Geschichte (1791 Bände von Männern, 210 von Frauen), bei Abenteuerromanen (2518 gegen 1260 Bände), bei historischen Romanen (4847 gegen 1916) und bei sozialen Romanen (4241 gegen 2513). Die Frauen dagegen bevorzugten Biographien, Heimatromane, Bauernromane, besonders Familien- und Frauenromane, von denen 7934 Bände an weibliche Leser, nur 2738 an männliche entliehen wurden; auch Westanschauungs- und Sozial-

romane fanden mehr Beifall bei den weiblichen Lesern, die mit 3044 Bänden bestellt waren, während die Männer nur 1899 Bände entnahmen. Dagegen ist der Sinn für Humor wieder mehr bei den Männern ausgebildet, die 2624 humoristische Schriften entnahmen, gegen 1701 bei den Frauen.

Breitereisungen in Ostland. Das faschistische Regime in Ostland hat eine neue Methode zur Vernichtung revolutionärer Zeitungen ausfindig gemacht. Kluggrößenungen veranlassen Hausinspektionen in den Redaktionen und in den Wohnungen der Redakteure. In den meisten Fällen erfolgen darauf Verhaftungen und Konfiszierungszustellungen zur Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften. Fast jede Nummer wird sofort in den Druckereien beschlagnahmt. Auch auf die Gewerkschaften erstreckt sich das blödsinnige Vorgehen der faschistischen Gewalttäter. So ist auf Befehl des Innenministers die Gewerkschaft der Transportarbeiter verboten worden, die einige Tausend Mitglieder in allen Teilen des Landes hatte. Dieses Verbot wird gewertet als Beginn einer allgemeinen durchgreifenden Attacke gegen die Gewerkschaften überhaupt.

Über die türkische Schriftreform. Bisher war von offizieller türkischer Seite stets behauptet worden, daß die Lateinschrift nicht nur von allen türkischen Schriftkundigen, sondern auch von diesen bisherigen Analphabeten gelernt worden sei, und daß ihre Einführung somit einen vollen Erfolg darstelle. Diese Behauptungen werden widerlegt durch den kolossalen Rückgang der Auflageziffern der türkischen Zeitungen, die in Lateinschrift gedruckt sind und jetzt auch durch die Zahlen, die das türkische Unterrichtsministerium über den Besuch der sogenannten National-schulen, in denen das Lateinalphabet gelehrt wurde, veröffentlicht. Danach haben von diesen Schulen nur 600 000 Personen „Besanden“-Zeugnisse erhalten können. Das sind noch nicht einmal 6 Proz. der türkischen Gesamtbevölkerung. Dabei können immerhin 15 Proz. der Bevölkerung in der arabischen Schrift lesen und schreiben, so daß die Zahl derer, die ausschließlich die alte Schrift beherrschen, immer noch die der Kenner der neuen Schrift um mehr als das Doppelte übersteigt. Analphabeten dagegen haben offensichtlich überhaupt noch nicht die neue Schrift erlernt. Die „National-schulen“ werden daher in diesem Winter abermals eröffnet werden, obwohl vor einem Jahre versichert wurde, daß dies auf keinen Fall geschehen werde. Das Mißgeschick der türkischen Schriftreform wird übrigens auch aus einem Artikel erkennbar, den Fatouh Bey, ein Freund von Mustafa Kemal Pascha, kürzlich in einem türkischen Blatte veröffentlichte. Seine Ausführungen gipfeln in der Erklärung, daß „wenn die türkische Regierung sich nicht unermüßlich zu energischen Maßnahmen entschliesse, die erzwungene Änderung des türkischen Alphabets als Festschlag betrachtet werden müsse, der nur dazu geführt habe, das geistige Niveau der Nationen auf einen Tiefstand herabzubringen, wie er selbst in den finsternen Zeiten der Geschichte nicht verzeichnet worden sei.“ Kadri Bey, der der Nationalversammlung von Angora angehört, macht bei der Gelegenheit sensationelle Angaben über den Rückgang der türkischen Publizistik, seit diese gezwungen wurde, mit lateinischen Schriftzeichen zu drucken. Die meisten der zehn in Konstantinopel erscheinenden Wochen- und Monats-schriften haben ihre Erscheinungen einstellen müssen, und die bessergestellten haben neun Zehntel ihrer Abonnenten eingebüßt. Nicht so schlimm steht es um die Tageszeitungen, immerhin haben auch diese im Durchschnitt die Hälfte ihrer Leser verloren. Auch die in lateinischer Schrift gedruckten Bücher finden nur wenig Leser. Kadri Bey fordert die Regierung dringend auf, den notleidenden Verlegern zu Hilfe zu kommen, und macht daneben den naiven Vorschlag, durch Anzeigen und Reklamen den Buchverkauf zu beleben.

Physische Hygiene. Der Berliner Stadtdiater Dr. Besan schreibt im Jahrbuch der Krankenversicherung 1928 über physische Hygiene folgendes: „Die Krankheiten des Nervensystems gewinnen eine immer größere Bedeutung. Das hängt mit dem ständig zunehmenden Tempo des Lebens, mit der Komplizierung aller Arbeitsvorgänge und mit der auf den einzelnen immer mehr einwirkenden Fülle der Eindrücke zusammen. Denkt man allein an den beinahe auf allen Gebieten wachsenden Arm, gegen den bisher alle behördlichen Maßnahmen nutzlos so sein scheinen, an die immer mehr gesteigerte Reklame, kurzum an alles das, was man das „Leben von heute“ nennt, so ist erklärlich, daß das Nervensystem des einzelnen vertragen muß. An dieser Stelle ist bereits in der letzten Ausgabe des Jahrbuches auf die Notwendigkeit hingewiesen, Volks-Nervensystemen zu schaffen. Aber auch der Begriff der „Physischen Hygiene“, in Amerika schon jebermann geläufig, muß Bestandteile behördlicher Maßnahmen und des Lebens werden, um die vermeintlichen physischen Schädigungen einzudämmen. Der Wiederanstieg der Selbstmord-türze ist zweifellos durch die Zunahme seelischer Erkrankungen wesentlich mit verursacht.“

Die deutsche Arbeitslosenfürsorge im Vergleich zu anderen Ländern. Das Reichsarbeitsministerium hat kürzlich einen Vergleich der Arbeitslosenfürsorge in Deutschland mit demjenigen des Auslandes veröffentlicht. Dieser Vergleich ist ebenso interessant wie lehrreich. Unter die deutsche Versicherung fallen 17 Millionen Menschen, in England werden von der Fürsorge rund 12 Millionen, in Rußland 11 Millionen und in Italien 3,5 Millionen Versicherte erfasst. Die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung in Deutschland stellen sich auf 855 Mill. M. England hat eine fast gleiche Einnahme, Rußland hat genau Zahlen nicht veröffentlicht. In Italien machen die Einnahmen etwa 180 Mill. M. aus. Die Ausgaben betragen in Deutschland über 1000 Mill. M. Einen ähnlichen Betrag erzielen die englischen Ausgaben. Rußland gibt 125 Mill. Rubel aus. Die Kaufkraft des Rubels hoch in Rechnung gestellt, ergibt eine Ausgabe von 200 Mill. M. In Italien ist eine Ausgabe von noch nicht 30 Mill. M. zu verzeichnen. Diese Angaben beweisen, daß Deutschland in der Arbeitslosen-fürsorge an erster Stelle markiert. Sehr viele Länder, ja, die meisten, haben überhaupt keine Arbeitslosenfürsorge, sondern höchstens eine Art Armenunterstützung. Wenn die

